

Falls sich die Regierung des Königreichs Kambodscha mit den unter Nummern 1 bis 9 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Helmut Ohlraun

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
und Internationale Zusammenarbeit
des Königreichs Kambodscha
Herrn Hor Namhong

**Bekanntmachung
des deutsch-vietnamesischen Abkommens
über den Auf- und Ausbau
der Vietnamesisch-Deutschen Universität
(Vietnamese-German University, VGU)**

Vom 26. April 2021

Das in Berlin, Wiesbaden und Hanoi am 23. September 2020 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung des Landes Hessen (Bundesrepublik Deutschland) und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam über den Auf- und Ausbau der Vietnamesisch-Deutschen Universität (Vietnamese-German University, VGU) ist nach seinem Artikel 12 Absatz 1

am 1. April 2021

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 26. April 2021

Bundesministerium
für Bildung und Forschung
Im Auftrag
Kathrin Meyer

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung des Landes Hessen (Bundesrepublik Deutschland) und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam über den Auf- und Ausbau der Vietnamesisch-Deutschen Universität (Vietnamese-German University, VGU)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland,
die Regierung des Landes Hessen
(Bundesrepublik Deutschland)

und

die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam,

im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet, –

unter Bezugnahme auf die von der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam am 11. Oktober 2011 abgegebene Gemeinsame Erklärung von Hanoi: Deutschland und Vietnam – Strategische Partner der Zukunft,

in Würdigung der vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst und vom Ministerium für Bildung und Ausbildung der Sozialistischen Republik Vietnam am 21. Mai 2007 abgegebenen Gemeinsamen Absichtserklärung sowie ihrer Gemeinsamen Erklärung vom 29. Februar 2008,

in Würdigung der vom Land Hessen und von der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam am 4. Oktober 2012 abgegebenen Gemeinsamen Absichtserklärung über die privilegierte Zusammenarbeit,

in dem Wunsch, die freundschaftlichen Beziehungen in der Hochschulbildung zu verstärken,

in Anerkennung der Bedeutung der Hochschullehre und -forschung für die wirtschaftliche Entwicklung,

in Bekräftigung ihrer Absicht, zum weiteren Ausbau der Vietnamesisch-Deutschen Universität ihre Zusammenarbeit zu verstärken –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung des Landes Hessen, im Folgenden gemeinsam als „deutsche Vertragsparteien“ bezeichnet, sowie die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam, im Folgenden als „vietnamesische Vertragspartei“ bezeichnet, arbeiten beim Auf- und Ausbau der Vietnamesisch-Deutschen Universität (Vietnamese-German University, im Folgenden als „VGU“ bezeichnet) mit Sitz in Binh Duong als einer staatlichen vietnamesischen forschungsorientierten Universität nach deutschem Modell unter Beachtung der Grundsätze von Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre, der Verpflichtung auf wissenschaftliche Exzellenz, der institutionellen Autonomie und der akademischen Selbstverwaltung zusammen.

(2) Sie benennen folgende für die Durchführung dieses Abkommens verantwortliche Einrichtungen:

- für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland: das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF),
- für die Regierung des Landes Hessen (Bundesrepublik Deutschland): das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK),

- für die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam: das Ministerium für Bildung und Ausbildung (Ministry of Education and Training, MoET).

(3) BMBF, HMWK und MoET können weitere öffentliche oder private Einrichtungen mit der Durchführung dieses Abkommens oder Teilen davon beauftragen.

(4) Der Konsortialverein Vietnamesisch-Deutsche Universität e. V. (im Folgenden als „Konsortialverein VGU e. V.“ bezeichnet) bildet mit seinen Mitgliedshochschulen und anderen Einrichtungen das akademische Rückgrat der VGU und unterstützt den Auf- und Ausbau der VGU.

(5) BMBF, HMWK und MoET bilden einen Lenkungsausschuss („Steering Committee“), der in allen die Durchführung dieses Abkommens betreffenden Fragen, insbesondere bezüglich des Finanzrahmens, endgültige Beschlüsse fasst, wenn diese nicht ausdrücklich den Organen der VGU vorbehalten sind. Der Lenkungsausschuss besteht aus Vertretern der drei Ministerien. Jeder dieser Vertreter kann weitere Personen benennen, die beratend an den Sitzungen teilnehmen. Zur Verwirklichung der Ziele der Aufbauplanung vereinbart der Lenkungsausschuss mit der VGU für deren Aufbau über mehrere Jahre Meilensteine, einschließlich eines entsprechenden mittelfristigen Haushaltsplans. Über Fragen, die im Bereich der akademischen Selbstverwaltung liegen, beschließen die Organe der VGU.

Beschlüsse des Lenkungsausschusses bedürfen der Einstimmigkeit. Der Lenkungsausschuss tagt mindestens einmal jährlich, auf Wunsch einer der drei Vertragsparteien auch häufiger. Den Vorsitz führen die deutsche und die vietnamesische Seite im jährlichen Wechsel. BMBF und HMWK wechseln sich im deutschen Vorsitz ab. BMBF und HMWK stimmen sich frühzeitig in allen wichtigen Fragen ab, um so eine gemeinsame Position der deutschen Vertragsparteien im Austausch mit der vietnamesischen Vertragspartei zu gewährleisten.

Artikel 2

Grundprinzipien

(1) Die VGU ist eine staatliche vietnamesische Universität, die in strategischer Partnerschaft zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung des Landes Hessen und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam aufgebaut wird. Sie untersteht dem MoET. Sie wird als forschungsorientierte Universität gefördert.

(2) Sie folgt in Forschung, Lehre und Verwaltung dem deutschen Universitätsmodell, das gekennzeichnet ist durch

1. Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre,
2. Verpflichtung auf wissenschaftliche Exzellenz,
3. institutionelle Autonomie und
4. akademische Selbstverwaltung.

(3) Die VGU verpflichtet sich, gemäß ihrem Auftrag zur Entwicklung von Wissenschaft und Technologie beizutragen. Sie konzentriert sich in erster Linie auf Technologie, ihre wissenschaftlichen Grundlagen und ihre gesellschaftliche Einbettung. Sie strebt nach Exzellenz in der Forschung sowie in der wissenschaftlichen, forschungsorientierten Bildung und Ausbildung auf internationalem Niveau. Sie fördert den Wissens- und Technologietransfer in Wirtschaft und Gesellschaft sowie das weiter-

bildende Studium und die Fortbildung des administrativen und wissenschaftlichen Personals. Sie leistet einen Beitrag zur Reform des vietnamesischen Hochschulsystems und schafft einen beiderseitigen Nutzen für die deutsche und vietnamesische Wissenschaft und Wirtschaft.

(4) Die VGU zeichnet sich insbesondere durch folgende Strukturmerkmale aus:

1. ihre Autonomie (Artikel 3),
2. systematische und nachhaltige partnerschaftliche Zusammenarbeit mit deutschen Hochschulen, die ihre Abschlüsse an der VGU und künftig, soweit nach nationalem Recht zulässig, nach Absprache gemeinsam mit der VGU vergeben (Artikel 6),
3. intensive Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, insbesondere mit der in Vietnam und Südostasien aktiven deutschen Industrie (Artikel 9) und
4. ihren Charakter als forschungsorientierte Universität (Artikel 5).

Artikel 3

Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre, Autonomie

(1) Die VGU hat das Recht zur Selbstverwaltung im Rahmen der vietnamesischen Rechtsvorschriften über Hochschulen. Sie hat insbesondere das Recht, Satzungen und interne Vorschriften zu erlassen und ihre rechtlichen und finanziellen sowie personal- und organisationsbezogenen Angelegenheiten unabhängig von staatlicher Einflussnahme zu regeln.

(2) Die Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre als individuelles Recht der Mitglieder der Universität wird gewährleistet.

(3) Die VGU trägt die Verantwortung für Forschung und Lehre und die Sicherung ihrer Qualität. Dazu gehört die Gestaltung und Organisation angemessener Strukturen und Verfahren sowie effizienter Leitungs- und Entscheidungsprozesse.

(4) Die Charta der VGU regelt die Einzelheiten der Verfassung der Universität. Sie wird vom Senat im Einvernehmen mit dem Präsidium und dem Universitätsrat erarbeitet und beschlossen. Die Charta und etwaige Änderungen bedürfen in allen Fällen der Zustimmung des Lenkungsausschusses. Danach werden sie vom Premierminister der Sozialistischen Republik Vietnam bestätigt.

(5) Dieses Abkommen hat Vorrang vor der Charta der VGU. Wird eine Änderung der Charta vom Senat, vom Universitätsrat oder von mindestens einer der Vertragsparteien für notwendig erachtet, so gilt Absatz 4.

(6) Abweichend von den Absätzen 4 und 5 wird die erste Charta unter diesem Abkommen folgendermaßen erarbeitet und beschlossen: Nach Unterzeichnung dieses Abkommens erarbeitet eine vom Lenkungsausschuss berufene Expertengruppe unverzüglich anstelle des Senats eine Charta. Die Expertengruppe besteht aus dem Präsidenten der VGU, einem Vertreter des Konsortialvereins VGU e. V. und drei externen Wissenschaftlern oder Experten, von denen BMBF, HMWK und MoET jeweils einen berufen. Diese Charta bedarf ebenfalls der Zustimmung des Lenkungsausschusses und des Universitätsrats. Sie muss nicht vom Senat beschlossen werden.

(7) Die VGU erhält Finanzautonomie auf der Grundlage eines Globalhaushalts. Die Finanzierung steht unter dem Vorbehalt der Bewilligung durch die gesetzgebenden Körperschaften der Vertragsparteien.

(8) Die VGU kann durch Satzung

1. das Berufungsverfahren,
2. die Lehrverpflichtung des wissenschaftlichen Personals,
3. die Qualitätssicherung und
4. die Erhebung von Gebühren

regeln und auch Modellversuche einrichten, die vom vietnamesischen Recht abweichen, aber durch Experimentierklauseln im vietnamesischen Recht oder durch entsprechende Dekrete abgesichert sind.

Artikel 4

Bestellung von Honorarprofessoren

Die VGU kann eigenständig Professoren besolden. Die VGU ist berechtigt, Ehrenabschlüsse und -titel wie Honorarprofessoren zu verleihen.

Artikel 5

Forschung und Lehre

(1) Die VGU ist eine forschungsorientierte Universität. Forschung ist Dienstaufgabe der Professoren an der VGU.

(2) Leistungen in der Forschung können im Rahmen der Gehaltsbemessung für Professoren und wissenschaftliches Personal („Senior Lecturers“ und „Lecturers“) berücksichtigt werden.

(3) Die VGU ist berechtigt, Forschungszentren auf institutioneller Basis einzurichten und Drittmittel einzuwerben.

(4) Die Verantwortung für Forschungsangelegenheiten wird innerhalb des Präsidiums der VGU zugewiesen.

(5) Die VGU führt akademische Abschlüsse auf Bachelor-, Master- und Promotionsebene ein und kann akademische Grade eigenständig verleihen. Die Abschlüsse, die Lehrpläne und die Akkreditierung folgen den Grundsätzen des Bologna-Prozesses und werden auf dieser Grundlage in beiden Staaten anerkannt.

Artikel 6

Mitwirkungsrechte der deutschen Partnerhochschulen in Lehre und Forschung

(1) Die deutschen Partnerhochschulen haben Mitwirkungsrechte bei der Gestaltung und Durchführung der Studiengänge nach Maßgabe ihrer mit der VGU geschlossenen Kooperationsvereinbarungen. Sie wirken insbesondere mit an

1. der Lehrplanentwicklung,
2. den Berufungsverfahren,
3. den Prüfungsausschüssen und
4. der Qualitätssicherung in Forschung und Lehre.

(2) Nach Abschluss der Implementierungsphase der jeweiligen Studiengänge (in der Regel sechs Jahre) verbleiben die deutschen Partnerhochschulen nach Maßgabe der mit der VGU geschlossenen Kooperationsvereinbarungen in der Regel weitere sechs Jahre oder gegebenenfalls länger, solange die VGU auf die deutsche Verbindung des jeweiligen Studiengangs hinweist, zur Aufrechterhaltung der deutschen Qualitätsstandards an der Lehre beteiligt.

(3) Bei den mit deutschen Partnerhochschulen aufgebauten Studiengängen vergibt die deutsche Partnerhochschule in der Regel ihren Abschluss nach Maßgabe der jeweiligen Kooperationsvereinbarung. Nach der Implementierungsphase von in der Regel sechs Jahren vergeben die deutschen Partnerhochschulen, soweit nach nationalem Recht zulässig, ihre Abschlüsse gemeinsam mit der VGU als Doppelabschlüsse („Double Degrees“) oder als gemeinsame Abschlüsse („Joint Degrees“).

Artikel 7

Organisation des Universitätsrats

(1) Organe der VGU sind der Universitätsrat, das Präsidium und der Senat. Einzelheiten regelt die Charta der VGU im Rahmen der vietnamesischen Rechtsvorschriften über Hochschulen und auf der Grundlage deutscher hochschulrechtlicher Vorschriften und Gepflogenheiten. Die Charta der VGU sieht eine Aufbau- und Ablauforganisation entsprechend den Anforderungen einer

Forschungsuniversität sowie effiziente Leitungs- und Entscheidungsprozesse vor und trägt soweit möglich zur Beschleunigung und Vereinfachung von Entscheidungsprozessen, zur Leistungsorientierung, zur Professionalisierung der Verwaltung und zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der VGU bei.

(2) Der Universitätsrat hat 20 Mitglieder (10 Mitglieder der beiden deutschen Vertragsparteien zusammen und 10 Mitglieder der vietnamesischen Vertragspartei). Die deutschen Mitglieder des Universitätsrats werden vom MoET im Einvernehmen mit den deutschen Vertragsparteien für einen Zeitraum von in der Regel fünf Jahren berufen. Ein Mitglied des Universitätsrats kann aus wichtigem Grund vom MoET abberufen werden; bei deutschen Mitgliedern ist die Zustimmung der deutschen Vertragsparteien erforderlich.

(3) Während der Aufbauphase bis 2022 übernimmt der Universitätsrat zusätzlich die Aufgaben des Senats, solange noch kein Senat eingerichtet wurde.

Artikel 8

Beiträge der Vertragsparteien zum Aufbau und Betrieb der Universität

(1) Die vietnamesische Vertragspartei stellt sicher, dass die VGU dem Anspruch an eine im internationalen Maßstab exzellente forschungsorientierte Universität, wie in diesem Abkommen dargelegt, gerecht werden kann.

(2) Die vietnamesische Vertragspartei stellt eine angemessene Grundfinanzierung für die VGU zur Verfügung, die den Hauptteil des jährlichen Haushalts der VGU ausmacht; die restlichen Haushaltsmittel werden über Studiengebühren oder aus anderen Quellen beschafft. Aus dem Haushalt werden jährlich und langfristig die laufenden Kosten gedeckt. Laufende Kosten sind insbesondere

1. die Personalkosten,
2. die Kosten für die Qualitätssicherung der Studiengänge,
3. die erforderliche Restpräsenz der deutschen Partnerhochschulen in Höhe von mindestens 20 Prozent der Lehrkapazität für qualitätssichernde Maßnahmen pro Studiengang nach Abschluss des Aufbaus der Studiengänge,
4. die Unterstützung der Ausbildung von wissenschaftlichem Nachwuchs (zum Beispiel staatliche Zuwendungen) und
5. Stipendien für begabte Studierende.

(3) Studiengebühren an der VGU werden vom Universitätsrat beschlossen und vom Lenkungsausschuss genehmigt und in einer Höhe festgesetzt, die für die Mehrheit der Studierenden bezahlbar ist. Die jährliche Anhebung der Studiengebühren soll die jeweilige Inflationsrate nicht übersteigen.

(4) Die vietnamesische Vertragspartei stellt die Infrastruktur der VGU (Gelände, Gebäude, Labore und sonstige Infrastruktur) zur Verfügung.

(5) Die vietnamesische Vertragspartei stellt staatliche Mittel für die Forschungstätigkeit der VGU entsprechend den Aufgaben des vietnamesischen Staates und dessen Zielvorgaben an die VGU bereit (zielorientierter Fördermechanismus).

(6) Die Rahmenbedingungen für die Vergütung und Ausstattung des wissenschaftlichen und administrativen Personals aus dem In- und Ausland werden von der vietnamesischen Vertragspartei so gestaltet, dass es möglich ist, international renommierte Persönlichkeiten zu gewinnen und zu halten. Das Präsidium der VGU kann nach Maßgabe der vom Universitätsrat getroffenen Regelungen Leistungsbezüge gewähren. Wissenschaftliches Personal, das von den deutschen Partnerhochschulen entsandt ist, wird nach deutschen Standards bezahlt.

(7) Vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch die gesetzgebenden Körperschaften unterstützt das BMBF den Aufbau und Betrieb der VGU durch Beratung und finanzielle Beiträge insbesondere für folgende Aktivitäten:

1. Aufbau von Bachelor- und Masterstudiengängen, zum Beispiel durch die Entsendung deutschen Lehrpersonals („Flying Faculty“) nach Maßgabe der Kooperationsvereinbarungen der VGU mit der jeweiligen deutschen Partnerhochschule; entsprechend der zunehmenden Übernahme der Lehre durch eigenes Lehrpersonal der VGU verläuft die Finanzierung durch das BMBF degressiv und endet nach einer Förderhöchstdauer von sechs Jahren,

2. Erarbeitung der Lehrpläne und deren Qualitätssicherung,

3. Förderung der Forschungskooperation mit deutschen Einrichtungen.

(8) Vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch die gesetzgebenden Körperschaften unterstützt das HMWK den Aufbau und Betrieb der VGU durch Beratung und finanzielle Beiträge insbesondere für folgende Aktivitäten:

1. Aufbau von Bachelor- und Masterstudiengängen, zum Beispiel durch Entsendung deutschen Lehrpersonals („Flying Faculty“) nach Maßgabe der Kooperationsvereinbarungen der VGU mit der jeweiligen deutschen Partnerhochschule; entsprechend der zunehmenden Übernahme der Lehre durch eigenes Lehrpersonal der VGU verläuft die Finanzierung durch das HMWK degressiv und endet nach einer Förderhöchstdauer von sechs Jahren,

2. Erarbeitung der Lehrpläne und deren Qualitätssicherung,

3. Aufbau und Verwaltung der VGU; das HMWK trägt die Kosten für die Mitglieder des Präsidiums, die von den deutschen Vertragsparteien gestellt werden, sowie weiteres Personal in der Zentralverwaltung der VGU.

Artikel 9

Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

Die Vertragsparteien fördern eine enge Beziehung der VGU zu Industrie und Privatwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam, insbesondere zu deutschen Unternehmen, die in der Sozialistischen Republik Vietnam aktiv sind, sowie zu deren Verbänden.

Artikel 10

Verwaltungsbestimmungen (Rechtsstatus der Mitarbeiter der VGU; Einreise- und Zollbestimmungen)

(1) Die vietnamesische Vertragspartei schafft gemäß den geltenden Gesetzen günstige Bedingungen für Einreise und Aufenthalt des von der Bundesrepublik Deutschland an die VGU entsandten Lehr- und Verwaltungspersonals und deren Familienangehörigen sowie der deutschen Studierenden und deren Familienangehörigen für die Dauer ihrer Tätigkeit im Rahmen der Aktivitäten der VGU. Die deutschen Vertragsparteien schaffen gemäß den geltenden Gesetzen günstige Bedingungen für Einreise und Aufenthalt des von der VGU an die deutschen Partneruniversitäten und -einrichtungen entsandten Lehr- und Verwaltungspersonals und deren Familienangehörige sowie der vietnamesischen Studierenden und deren Familienangehörigen für die Dauer ihrer Tätigkeit im Rahmen der Aktivitäten der VGU.

(2) Die vietnamesische Vertragspartei gewährleistet den Schutz des von der Bundesrepublik Deutschland entsandten Lehr- und Verwaltungspersonals, unter anderem den Zugang zu einschlägigen Verfahren für die Beilegung von Streitigkeiten gemäß dem Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und entsprechend den zentralen Arbeitsstandards der Internationalen Arbeitsorganisation.

Artikel 11

Beilegung von Streitigkeiten

Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch Verhandlungen zwischen den in Artikel 1

Absatz 2 genannten Einrichtungen oder auf diplomatischem Weg einvernehmlich beigelegt.

Artikel 12

Inkrafttreten; Geltungsdauer; Kündigung

(1) Die Vertragsparteien teilen einander schriftlich mit, dass die jeweiligen förmlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Diese Mitteilungen können auch auf diplomatischem Weg ausgetauscht werden. Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die letzte der vorgenannten Mitteilungen bei der letzten der drei Vertragsparteien eingegangen ist; auf Seiten der Regierung des Landes Hessen ist der Tag des Eingangs bei der Staatskanzlei maßgebend.

(2) Dieses Abkommen gilt für die Dauer von fünf (5) Jahren ab seinem Inkrafttreten. Die Geltungsdauer verlängert sich um jeweils weitere fünf Jahre, wenn die Vertragsparteien sechs (6) Mo-

nate vor Ablauf der Gültigkeit darum ersuchen, sofern das Abkommen nicht nach Absatz 3 gekündigt wird.

(3) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen gegenüber den beiden anderen Vertragsparteien zum Ende der jeweiligen Geltungsdauer unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr schriftlich kündigen. Die Kündigung kann auch auf diplomatischem Weg übermittelt werden. Maßgebend für den Beginn der einjährigen Kündigungsfrist ist der Tag des Eingangs der Kündigung bei der letzten der beiden anderen Vertragsparteien; auf Seiten der Regierung des Landes Hessen ist der Tag des Eingangs bei der Staatskanzlei maßgebend. Im Fall der Kündigung tritt dieses Abkommen zum Ende der jeweiligen Geltungsdauer für alle Vertragsparteien außer Kraft.

(4) Im Fall der Beendigung dieses Abkommens stellen die Vertragsparteien sicher, dass die zum Zeitpunkt der Beendigung des Abkommens eingeschriebenen Studierenden ihr Studium zu den bei Einschreibung geltenden Bedingungen abschließen können.

Geschehen zu Berlin, Wiesbaden und Hanoi am 23. September 2020 in drei Urschriften, jede in deutscher, vietnamesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des vietnamesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Antje Leendertse
Anja Karliczek

Für die Regierung des Landes Hessen
(Bundesrepublik Deutschland)

Angela Dorn

Für die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam

Phung Xuan Nha